

<https://www.derstandard.de/story/2000140582874/ard-entschuldigte-sich-fuer-ratten-wortwahl-auf-tagesschau.de> 4.11.2022

ARD entschuldigt sich für "Ratten"-Wortwahl auf tagesschau.de

Nach Kritik an einem Meinungsbeitrag wurde der Text überarbeitet. In vielen Reaktionen auf Twitter wurde kritisiert, dass Menschen als Ratten bezeichnet worden seien

Hamburg – Nach Kritik an einem auf ["tagesschau.de"](https://www.tagesschau.de) veröffentlichten [Meinungsbeitrag](#) zur Twitter-Übernahme durch Elon Musk hat die deutsche ARD eine Textstelle geändert und den Begriff "Ratten" gestrichen. "Wir bitten um Entschuldigung für die Wortwahl. Es war nie das Ziel, jemanden zu entmenschlichen", hieß es in einer ergänzten Anmerkung zu dem "tagesschau.de"-Kommentar. In vielen Reaktionen bei Twitter wurde heftig kritisiert, dass im Text Menschen als Ratten bezeichnet worden seien.

In dem am Samstag veröffentlichten Meinungsartikel geht es um die erste Woche nach der Twitter-Übernahme durch Tech-Milliardär Musk – und auch darum, wie der Kurzbotschaftendienst mit extremistischen Inhalten umgeht. In einer ersten Version stand: "Musk hat auch angekündigt, dass Twitter zum "Marktplatz der Debatte" werden solle. Aber auf seinem "Marktplatz" sollen offenbar auch rassistische oder verschwörerische Ratten aus ihren Löchern kriechen dürfen. Twitter kann nur relevant bleiben, wenn genau diese Ratten – um im Marktplatzbild zu bleiben – in ihre Löcher zurück geprügelt werden."

In der überarbeiteten Fassung des "tagesschau.de"-Kommentars mit dem Titel "Sieben Tage der Zerstörung" wurde der Begriff "Ratten" entfernt. Nun lauten die betreffenden Sätze: "Aber auf seinem Platz soll offenbar auch Rassistisches oder Verschwörerisches Platz haben. Twitter kann nur relevant bleiben, wenn das konsequent bekämpft wird."

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/berlin-giffey-zuwanderung-kipping-beschlagnahmungen/> 9.11.2022

Bis zu 10.000 fehlende Unterkunftsplätze für Migranten – Kipping:
Beschlagnahmungen nicht mehr ausgeschlossen

In Berlin stehen die Erstaufnahmen noch offen. Die Hauptstadt wird derzeit von 300 Migranten am Tag überrannt. Um sie unterzubringen, will Sozialsenatorin Katja Kipping auch Beschlagnahmungen nicht mehr ausschließen. Es ist eine logische Entwicklung.

Chaostage in Berlin. Sozialsenatorin Katja Kipping (Die Linke) hat die zweite Stufe des Notfallplans zur Unterbringung von Migranten in Kraft gesetzt. Denkbar scheinen damit erneut Notunterkünfte für Neuzuwanderer auf dem Tempelhofer Feld und auf dem Messegelände in Berlin-Charlottenburg. Am Dienstag war in einem internen Papier noch von 4.000 fehlenden Plätzen die Rede, die sehr bald geschaffen werden müssen. Wenige Stunden später sprach Kipping in einer Pressekonferenz kurzerhand von „8.000 bis 10.000 neuen Unterkunftsplätzen für Verbleib in Berlin“, die sie möglichst schnell schaffen will. 28.000 Plätze existieren derzeit in der Stadt, sind aber bis auf 150 (Stand vom Freitag) sämtlich belegt.

Und dann fügte Kipping etwas sehr Bedenkliches hinzu:
„Beschlagnahmungen sind möglich, aber nicht das Ziel.“ Die Linkspartei-Politikerin hat damit eine Linie in logischer Weise zu Ende gedacht, die durch die Unterbringungsverpflichtungen der Länder schon längst vorgezeichnet ist.....

<https://www.bz-berlin.de/berlin/berlin-plant-zeltstadt-fuer-fluechtlinge>

8.11.2022

Berlin plant Zeltstadt für Flüchtlinge

Wegen steigender Flüchtlingszahlen plant Berlin zur Unterbringung der Neuankömmlinge den Aufbau einer Zeltstadt und von Leichtbauhallen.

In „sehr kurzer Zeit“ müsse „eine große Zahl“ von Notunterkünften „für bis zu 4000 Menschen“ her, um die Lage kurzzeitig etwas zu entschärfen, zitiert der „[Tagesspiegel](#)“ (Dienstag) aus einem Papier von Sozialsenatorin [Katja Kipping](#) (Linke) an den Senat. Damit solle „die akute Obdachlosigkeit von Geflüchteten“ abgewendet werden.

Als mögliche Standorte habe ein im Oktober eingerichtetes Projektteam mehrere landeseigene Flächen ausgemacht. Genannt werden in dem Papier der Zeitung zufolge das Tempelhofer Feld, der Olympiapark, das Messegelände sowie Freiflächen auf dem früheren Flughafen Tegel.

Dort könnten jeweils mindestens 2000 Menschen in Zeltstädten untergebracht werden. Die dafür nötigen Großzelte seien bereits im Frühjahr für die [Ukraine](#)-Flüchtlinge angeschafft worden, würden derzeit aber nicht genutzt.

<https://politikstube.com/wien-luxushotel-wird-unterkunft-fuer-ukraine-fluechtlinge/> 9.11.2022

Wien: Luxushotel wird Unterkunft für Ukraine-Flüchtlinge

Die private Wohnsituation von Ukraine-Flüchtlingen in Wien spitzt sich zu. Doch während in anderen Bundesländern darüber gestritten wird, ob Migranten in Zelten oder Containern untergebracht werden, geht die Bundeshauptstadt andere Wege und stellt für Vertriebene aus der Ukraine das ehemalige und derzeit leer stehende Luxushotel zur Verfügung. Im Hotel de France sollen 350 Frauen und Kinder Platz finden.

80 haben in den vergangenen Tagen bereits ihre Zimmer bezogen. Für neun Monate wurde ein Nutzungsvertrag abgeschlossen, mit der Option um drei Monate zu verlängern.

<https://www.welt.de/politik/ausland/article242024293/Hilfe-fuer-Ukraine-EU-startet-Ausbildung-von-14-800-ukrainischen-Soldaten-mit-Hauptquartier-in-Deutschland.html> 9.11.2022

EU startet Ausbildung von 14.800 ukrainischen Soldaten – mit Hauptquartier in Deutschland

Nach WELT-Informationen startet das Trainingsprogramm für Soldaten in mehreren EU-Ländern bereits kommende Woche. Berlin und Warschau übernehmen eine Führungsrolle. Das Geld stammt aus einem Topf, aus dem bereits Milliarden in den Krieg geflossen sind.

Die EU-Außenminister wollen am kommenden Montag bei ihrem Treffen in Brüssel den Startschuss für die Ausbildung von ukrainischen Soldaten geben. Wenige Tage nach dem „Beschluss über die Einleitung der Unterstüztungsmission für die Ukraine“ soll bereits in Deutschland und in anderen EU-Ländern das Trainingsprogramm starten.

Die Pläne für die Ausbildungsmission, die offiziell Militärische Unterstüztungsmission der EU für die Ukraine (EUMAM Ukraine) heißt, sehen vor, 14.800 ukrainische Soldaten auszubilden. Davon werden 2800 Männer und Frauen eine Spezialausbildung erhalten. Die Zahl der Auszubildenden soll künftig aber weiter aufgestockt werden. Die Ukraine hatte erst gefordert, bis zu neun Brigaden auszubilden. Das können mehrere zehntausend Personen sein.

<https://amp.n-tv.de/politik/Kinderpornografie-Gesetz-soll-entschaerft-werden-article23694020.html> 3.11.2022

Wieder Vergehen statt Verbrechen: Kinderpornografie-Gesetz soll entschärft werden

Erst 2021 wurde das Gesetz verschärft, jetzt folgt die Rolle rückwärts. Um der Justiz bei der Verfolgung von Kinderpornografie mehr Spielraum zu ermöglichen, fordern mehrere Bundesländer eine Anpassung des Paragraphen. Aktuell treffe das Gesetz auch die Falschen.

Mehrere Bundesländer wollen den erst im vergangenen Jahr neu gefassten Kinderpornografie-Paragraphen wieder entschärfen. Um dem

Verhältnismäßigkeitsgebot zu genügen, müssten die "Strafandrohungen entsprechend dem jeweiligen Unrechtsgehalt der Tat" korrigiert werden, sagte die brandenburgische Justizministerin Susanne Hoffmann der "Welt".

Bei dem Vorstoß geht es um die jüngste Verschärfung des Paragraphen 184b zu Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Inhalte. Mit einer Neuregelung aus dem vergangenen Jahr wurde festgelegt, dass der Grundtatbestand der sexualisierten Gewalt gegen Kinder als Verbrechen eingestuft wird - und nicht mehr als Vergehen.

Berlin, Sachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz kündigten gegenüber der Zeitung eine Unterstützung des Antrags aus Brandenburg an. Der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin sagte: "Nicht die Einstufung als Verbrechen schützt die Schwächsten unserer Gesellschaft, sondern das Verhindern von Tatgelegenheiten und eine konsequente strafrechtliche Verfolgung."

<https://politikstube.com/mecklenburg-vorpommern-senkt-mindestalter-fuer-landtagswahlen-auf-16-jahre/> 9.11.2022

Mecklenburg-Vorpommern senkt Mindestalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre

An der nächsten für 2026 geplanten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern können erstmals auch Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren teilnehmen. Der Landtag beschloss am Mittwoch in Schwerin mit breiter Mehrheit eine Absenkung des Wahlalters. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern das sechste Bundesland, das die Altersuntergrenze für Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre verringerte. Neben den Regierungsfractionen von SPD und Linke stimmten aus der Opposition auch Grüne und FDP dafür, AfD und CDU dagegen.

<https://www.karlsruhe-insider.de/verbraucher/kaum-noch-gez-gelder-sender-bei-ard-und-zdf-stehen-vor-aus-113369> 3.11.2022

Kaum noch GEZ-Gelder: Sender bei ARD und ZDF stehen vor Aus

...Laut den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stehen mehrere Sender der ARD und ZDF vor dem Aus. Die GEZ-Gelder reichen hierfür nicht mehr.

Zum 1. Juli 2023 soll, laut den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, der neue Medienstaatsvertrag in Kraft treten. Das bedeutet gleichzeitig auch, dass einige beliebte Sender auf der Kippe stehen.

Mit dem neuen Vertrag tritt gleichzeitig auch eine Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Kraft. Diese wurde bereits viele Jahre gefordert. Diese könnte durch den neuen Vertrag anstehen.

Beliebte TV-Sender könnten dann von der Bildfläche verschwinden. Durch die Reform steht fest, dass das Erste (ARD), ZDF und die Sender 3Sat, Arte und auch die dritten Programme der ARD bestehen bleiben sollen.

Aufgrund der Tatsache, dass sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten über die GEZ-Gebühren finanzieren, schneidet die Änderung hier kräftig ein. Das Budget könnte drastisch gekürzt werden. Das kostet am Ende Sender.

Diese Sender stehen vor dem Aus

Für den beliebten Kinderkanal (KiKA), ARD-alpha, oder auch tagesschau24, Phoenix, ONE, ZDF-neo und ZDF-info sieht es düster aus. Gremien sollen entscheiden, wie es um die Zukunft der Spartensender bestellt sein soll.

Einige Maßnahmen könnten sein, die Sender ins Internet zu verlagern, oder sie am Ende ganz zu kippen. Damit droht direkt mehreren Sendern der ARD und ZDF das komplette Aus. Endgültig wird sich die Situation erst im Laufe der nächsten Monate klären.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/buergergeld-von-bundestag-beschlossen-abschied-von-hartz-iv-18450628.html> 10.11.2022

Der Bundestag stimmt für das Bürgergeld

Der Bundestag hat die Umwandlung der [Hartz-IV](#)-Grundsicherung in ein Bürgergeld beschlossen. Für den Gesetzentwurf der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP stimmten am Donnerstag 385 Abgeordnete bei 261 Nein-Stimmen und 33 Enthaltungen. Die Union hatte eine Ablehnung angekündigt.

Damit wird das im Jahr 2005 eingeführte Arbeitslosengeld II durch ein [Bürgergeld](#) ersetzt, wenn auch der Bundesrat zustimmt. Die Länderkammer berät darüber am Montag in einer Sondersitzung. Die Bundesregierung stellt sich auf ein Vermittlungsverfahren ein. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sprach die Hoffnung aus, dass mit einem Schnellverfahren dennoch ein Inkrafttreten zum Jahresanfang noch gelingen könnte.

Die Reform sieht auch eine deutliche Erhöhung der monatlichen Zahlungen vor. Ein alleinstehender Erwachsener soll künftig 502 Euro im Monat für den Lebensunterhalt und damit 53 Euro mehr erhalten. Auch die Regelsätze für Paare und Kinder steigen. Die Bundesagentur für Arbeit hat gewarnt, dass eine Auszahlung der Erhöhung zum Jahresbeginn nicht gewährleistet sei, wenn sie nicht bis Ende November Klarheit habe. Im Oktober hatten 5,33 Millionen Erwachsene und Kinder Anspruch auf Hartz-IV-Zahlungen. Darunter fallen auch Geflüchtete aus der Ukraine.

Die Reform kostet Milliarden

Mit der Reform sind erhebliche Mehrausgaben verbunden. Sie werden im Gesetzentwurf mit rund 4,8 Milliarden Euro für das Jahr 2023 beziffert und steigen bis zum Jahr 2026 auf knapp 5,9 Milliarden Euro. Den weitaus größten Teil davon trägt der Bund. Die Reform soll eine Vermittlung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt erleichtern, unter anderem durch mehr Qualifizierung und Weiterbildung. Auch die Möglichkeiten für Zuverdienste mit geringeren Abzügen beim Bürgergeld werden erweitert.